

/// Mehr als nur kollektive Verteidigung

DIE NATO UND DIE UKRAINE-KRISE*

MICHAEL RÜHLE /// Die konfrontative russische Außen- und Sicherheitspolitik verlangt von der NATO erhebliche Anpassungen in politischer wie militärischer Hinsicht. Durch die Betonung der kollektiven Verteidigung muss das Bündnis militärische Solidarität mit Mittel- und Osteuropa demonstrieren, zugleich aber seine Fähigkeit zum Engagement in außereuropäischen Krisen erhalten.

Die Krise in der Ukraine, die mit der illegalen Annexion der Krim durch Russland ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, markiert einen Wendepunkt der Entwicklung Europas seit dem Ende des Kalten Krieges. Im Laufe weniger Wochen wurde Russland zu einer revisionistischen Macht, die die Grenzen eines Nachbarlandes gewaltsam veränderte. Durch militärische Gewalt und politische Einschüchterung sollte der Ukraine die Möglichkeit genommen werden, ihre politische und wirtschaftliche (West-)Orientierung selbst zu bestimmen. Die Annahme, Russland hätte bestimmte Regeln im Verhalten europäischer Staaten untereinander dauerhaft akzeptiert, erwies sich als falsch.

Manche Kommentatoren sind durch diese Entwicklungen zu der Aussage verleitet worden, die NATO sei angesichts eines feindseligeren Russlands endlich wieder in ihrem Kerngeschäft.¹ Doch eine solche Auf-

fassung geht an der Wirklichkeit vorbei. Die Krise mag bei vielen die anhaltende Notwendigkeit eines kollektiven Verteidigungsbündnisses in Erinnerung gerufen haben, aber sie führt nicht automatisch zu einer politischen und militärischen Renaissance der NATO. Der Versuch der Allianz, Antworten auf die aktuellen Entwicklungen zu geben, wird vielmehr die Bündnissolidarität auf eine harte Probe stellen. Denn manche dieser Antworten werden politische, militärische und finanzielle Kosten verursachen, die nicht alle Verbündeten zu zahlen bereit sein könnten.

**Die UKRAINE-KRISE ist
eine Herausforderung für die NATO.**



Politische, militärische und finanzielle Herausforderungen zwingen die NATO derzeit zu einer Gratwanderung zwischen Handeln und Diplomatie – eine schwierige Aufgabe, auch für NATO Secretary General Jens Stoltenberg, hier auf einem Treffen der Verteidigungsminister Anfang Februar 2015 in Brüssel.

Herausforderung Russland

Die meisten Beobachter sind sich inzwischen einig, dass es sich bei der Politik Moskaus nicht um einen kurzfristigen, taktisch motivierten Schwenk handelt, sondern um eine fundamentale Neuausrichtung. Indizien für eine solche Entwicklung gab es schon länger: das Ende des „Reset“ der amerikanisch-russischen Beziehungen unmittelbar nach Putins Rückkehr in das Präsidentenamt, die Gewährung von Asyl für den abtrünnigen Mitarbeiter der National Security Agency, Edward Snowden, Russlands Rückzug aus den Raketenabwehr-Gesprächen mit den USA und der NATO und nicht zuletzt die erhebliche Steige-

rung der russischen Militärausgaben, verbunden mit offensiven militärischen Übungen und einer zunehmend härteren Rhetorik. Zugleich wurden innenpolitisch die Zügel angezogen. Ein von oben gesteuerter Populismus, der sich zunehmend anti-westlicher Ressentiments bediente, und zu dem auch die zunehmende Unterdrückung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen gehörte, sollte politische Gefolgschaft sicherstellen.

Diese Entwicklungen vollzogen sich vor dem Hintergrund russischer Klagen über einen Westen, der sich zum Ziel gesetzt habe, das Land politisch, wirtschaftlich und militärisch zu marginalisieren. Hierzu zählte die Erweite-

rung der NATO, die man als einen Bruch früherer Versprechen des Westens interpretierte, aber auch die Umgehung Russlands im UN-Sicherheitsrat, sei es durch die ohne UN-Mandatierung erfolgten Luftschläge der NATO gegen Belgrad im Zuge des Kosovokonflikts 1999, oder durch die absichtsvolle Umdeutung von UN-Sicherheitsratsresolutionen wie im Fall der NATO-Operation in Libyen 2011.

Das Muster, eine äußere Bedrohung zur Legitimation des eigenen Verhaltens zu nutzen, zeigte sich auch in der kurz vor Jahresende 2014 erschienenen neuen russischen Militärdoktrin. Sie definiert die NATO und die NATO-Erweiterung – ohne nähere Begründung – als größte Bedrohung Russlands. Das Dokument enthielt zwar nicht die von manchen Beobachtern befürchteten rhetorischen Exzesse bezüglich des präventiven Einsatzes von Nuklearwaffen, bemerkenswert jedoch waren seine Verweise auf die Bedrohung durch vom Ausland inspirierte Regimewechsel. Gemeint waren die Proteste auf dem Maidan Anfang 2014, die zum Sturz der moskautreuen Janukowitsch-Regierung

Die innen- und außenpolitischen Entwicklungen in Russland weisen auf eine grundlegende **NEUAUSRICHTUNG Moskaus hin.**

und schließlich zum Eingreifen Russlands geführt hatten. Durch die neue Militärdoktrin ist die Belagerungsmentalität, die sich schon seit einiger Zeit in russischen Stellungnahmen erkennen ließ, zum festen Bestandteil der offiziellen russischen Außen- und Sicherheitspolitik geworden.²

Ob diese Entwicklungen jedoch auch als eine direkte Bedrohung für die NATO interpretiert werden müssen, ist weniger eindeutig. Zum einen ist die Ukraine nicht Mitglied der NATO und hat folglich keinen Anspruch auf Schutz durch das Bündnis. Zwar hat die russische Vorgehensweise in der Ukraine die Frage nach den größeren strategischen Zielen Moskaus über seinen unmittelbaren westlichen Nachbarn hinaus aufgeworfen, doch selbst der eklatante Bruch geltenden Rechts und die Destabilisierung der Ost-Ukraine führen nicht zwangsläufig zu dem Schluss, es liege eine direkte militärische Bedrohung der NATO vor. Gegen eine solche Interpretation spricht auch die Genese der Krise. Das militärische Eingreifen Russlands war der Endpunkt einer Kette von Ereignissen, die sich aus dem Versuch Kiews entwickelte, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu vereinbaren. Dieser Prozess hätte die Ukraine nach Westen gezogen und damit Präsident Putins Projekt einer „Eurasischen Union“ eines wichtigen Pfeilers beraubt. Vor diesem Hintergrund erscheint die Entscheidung Moskaus, die Krim zu annektieren, eher als Versuch, russische Kerninteressen zu schützen denn als Versuch, das russische Territorium im Sinne einer Rekonstruktion der Sowjetunion zu vergrößern.

Zweitens waren die Mittel, die Russland gegen die Ukraine einsetzte, spezifisch auf die prekäre Lage des Landes zugeschnitten. Die Kombination aus wirtschaftlichem Druck, einer Erhöhung des Gaspreises, dem Einsatz regulärer und irregulärer Streitkräfte und der Unterstützung der Separatisten wirkt nur bei Staaten, die politisch, wirtschaftlich und militärisch schwach, intern gespalten und in hohem Maße

von russischer Energie abhängig sind. In diesem Sinne war die Ukraine ein leichtes Opfer. Schwache Regierungen, Korruption, eine nur gering ausgeprägte nationale Identität sowie eine sich Russland zugehörig fühlende Osthälfte gaben Moskau die Gelegenheit, zunächst ohne Eingeständnis der eigenen Präsenz vor Ort Fakten zu schaffen, die zu verhindern Kiew machtlos war. Die NATO-Staaten bieten für einen solchen „hybriden“ Ansatz jedoch weit weniger Angriffsfläche.

Drittens kann der russische militärische Aktivismus nicht verbergen, dass sich die russischen Streitkräfte noch nicht gänzlich von ihrer Vernachlässigung nach dem Ende der Sowjetunion erholt haben. Verglichen mit dem Bild, das sie während des Krieges mit Georgien im August 2008 boten, gelten die russischen Streitkräfte heute zwar als deutlich besser. Auch hat sich Russland ehrgeizige Modernisierungsziele gesetzt. Doch gibt es noch immer Zweifel an ihrer Leistungsfähigkeit in einem schwierigen Umfeld. Wie auch immer man in Moskau den politischen Zusammenhalt der NATO einschätzen mag, so kann die Aussicht, 28 Bündnismitgliedern unter der Führung der konventionell stärksten Militärmacht USA gegenüberzustehen, keinen russischen Militärplaner mit Zuversicht erfüllen. Eine bewusst in Kauf genommene direkte Konfrontation mit der NATO erscheint daher wenig wahrscheinlich.

Die NATO hat Russland für sein Vorgehen in der Ukraine massiv kritisiert, zugleich jedoch vermieden, Russland als Bedrohung zu definieren. Man verzichtete auf konfrontative Rhetorik und konzentrierte sich stattdessen darauf, die Haltung Russlands als Unterminderung der europäischen Sicherheits-

Die Allianz reagierte eher VERHALTEN auf das russische Vorgehen in der Ukraine.

ordnung zu qualifizieren, durch die sich Russland am Ende nur selbst schaden würde. Auch die Reaktion der NATO auf die – bisweilen grob fahrlässig durchgeführten – Flüge russischer Kampfflugzeuge entlang des Luftraums der NATO-Staaten blieb zurückhaltend.³ Vom Beginn der Krise an waren die Verbündeten bemüht, keine irreversiblen Fakten zu schaffen, die eine Wiederannäherung an Russland erschwerten hätten. Zwar wurde die Kooperation mit Russland suspendiert, der NATO-Russland-Rat jedoch blieb – anders als nach dem russisch-georgischen Krieg – offen. Allerdings war seine Eignung als politisches Konsultationsgremium von Anfang an begrenzt. Da Russland stets bestritt, überhaupt Konfliktpartei zu sein, war ein umfassender, vertrauensvoller Dialog nicht möglich.

Auch wenn die NATO es vermied, Russland als militärische Bedrohung zu charakterisieren, gab es gleichwohl gute Gründe, die Ukraine-Krise in ihren militärischen Dimensionen eingehend zu analysieren. Denn eines ihrer auffälligsten Merkmale war die Fähigkeit Russlands, Streitkräfte in großer Zahl in kurzer Zeit an der ukrainischen Grenze zusammenzuziehen. In Verbindung mit der immer wieder beschworenen „Pflicht“ Russlands, auch außerhalb Russlands lebende Russischsprachige zu beschützen, konnte man diese „snap

exercises“ als eine latente Bedrohung von Staaten auffassen, die über russischsprachige Minderheiten verfügen.⁴ Die NATO ist daher aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die Moskau verdeutlichen, dass ein solcher Schritt keine ernsthafte Option sein kann. Zugleich müssen diese Maßnahmen die geographisch exponierten Verbündeten in Mittel- und Osteuropa davon überzeugen, dass sie den gleichen Anspruch auf militärischen Schutz haben wie alle anderen NATO-Mitglieder.

Kollektive Verteidigung: Der „Readiness-Action-Plan“

Diese Schutzfunktion unter Beweis zu stellen, ist das Ziel des „Readiness-Action-Plan“, der auf dem Gipfel in Wales im September 2014 beschlossen wurde. Der Plan besteht aus „Assurance“-Maßnahmen wie eine erhöhte militärische Präsenz in Mittel- und Osteuropa sowie andere militärische Aktivitäten, die der Abschreckung dienen sollen, und „Anpassungsmaßnahmen“ zur längerfristigen Veränderung der militärischen Fähigkeiten der Allianz. Im Wesentlichen sieht der Plan die Erhöhung der Einsatzbereitschaft der schnellen Reaktionskräfte der NATO und die Erhöhung der Zahl der Übungen in Mittel- und Osteuropa vor. Eine „Very High Readiness Joint Task Force (VJTF)“, bestehend aus Land-, Luft-, See- und Spezialkräften, soll als „Speerspitze“ rasch an die Bündnisgrenzen verlegt werden können. Der „Readiness-Action-Plan“ sieht ferner auch den Ausbau des multinationalen Hauptquartiers Nordost in Stetin (Polen) vor sowie die Einrichtung multinationaler Führungseinrichtungen und die Einlagerung von militärischer Ausrüstung in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumäni-

en. Darüber hinaus sollen die Verteidigungspläne für Osteuropa aktualisiert werden.⁵

Der „Readiness-Action-Plan“ ist ein wichtiges Signal sowohl an die NATO-Staaten als auch an Russland. Seine rasche Umsetzung hat daher große politische Bedeutung. Dies umso mehr, als die schnellen Reaktionskräfte auch in anderen geographischen Bereichen eingesetzt werden können. Darauf haben insbesondere die südlichen NATO-Staaten immer wieder hingewiesen. Allerdings wird die Implementierung des Aktionsplans nicht einfach. Streitkräfte in hoher Einsatzbereitschaft zu halten, ist nur den größeren NATO-Staaten möglich, und erfordert einen hohen Aufwand. Auch die logistischen Herausforderungen sind enorm. Die Zeiten, in denen die NATO regelmäßig große

Zur Betonung ihrer SCHUTZFUNKTION hat die NATO im September 2014 den „Readiness-Action-Plan“ beschlossen.

Verstärkungsübungen durchführte – während des Kalten Krieges brachten die Vereinigten Staaten regelmäßig ein gesamtes Korps nach Europa – sind lange vorbei. Hinzu kommt, dass die „Frontstaaten“ der NATO genug militärische Durchhaltefähigkeit bis zum Eintreffen der „Speerspitze“ aufbieten müssen. Und schließlich muss auch die NATO-Kommandostruktur, die in den letzten beiden Jahrzehnten erheblich verkleinert wurde, an die neuen kollektiven Verteidigungsaufgaben angepasst werden. Kurzum, die NATO muss sich Fähigkeiten erneut aneignen, auf die man in den letzten 20 Jahren verzichten zu können glaubte.

Der „Readiness-Action-Plan“ bedeutet die größte Veränderung des Verteidigungsdispositivs der NATO seit Ende des Kalten Krieges. Allerdings wird er nicht zu einer massiven militärischen NATO-Präsenz in Mittel- und Osteuropa führen. Die bereits Mitte der 90er-Jahre – vor dem Beginn des Erweiterungsprozesses – getroffene Grundsatzentscheidung, nur eine „dünne“ militärische Präsenz in den künftigen neuen Mitgliedstaaten zuzulassen, um keine Einkreisungsängste in Russland zu schüren, ist noch immer gültig. Zwar haben manche Beobachter in Mittel- und Osteuropa diese auch in der NATO-Russland-Grundakte von 1997 festgehaltene Entscheidung immer wieder als diskriminierend kritisiert und darauf hingewiesen, dass derartige Selbstbeschränkungen mit der russischen Destabilisierung der Ukraine hinfällig geworden sind.⁶ Allerdings wäre die Einführung einer umfassenden dauerhaften militärischen Präsenz der NATO in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten von so enormer politischer und militärischer Bedeutung, dass sich die Verbündeten nur bei einer deutlichen Verschlechterung der Gesamtlage auf einen solchen Schritt einigen könnten. Militärisch würde es die Rückkehr der NATO zu einer nahezu ausschließlichen Konzentration auf die kollektive Verteidigung bedeuten. Politisch wäre es ein Signal, dass man sich damit abgefunden hätte, Russland als Gegner in einem zweiten Kalten Krieg zu betrachten. So lange die russische Politik nicht unmittelbar auf militärischen Konfrontationskurs geht, wird die NATO den Schwerpunkt folglich auf Maßnahmen richten, die teils zeitlich begrenzt und in ihrem Umfang „skalierbar“ sind.

Eine weitere Herausforderung, der sich die NATO im Zusammenhang mit der Umgestaltung ihres Verteidigungsdispositivs stellen muss, ist der „hybride“ Charakter der Instrumente, die ein künftiger Gegner gegen das Bündnis einsetzen könnte. Wie bereits angedeutet, spricht manches dafür, dass der im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise zu neuer Popularität gelangte „hybrid war“ nicht gegen jeden Gegner gleichermaßen zum Erfolg führt. Doch die Ambivalenz der Lagebeurteilung in einem hybriden Konflikt könnte die kollektive

Die NATO hat auch **AUFGABEN und **Bedeutung über die kollektive Verteidigung hinaus.****

Entscheidungsfindung des Bündnisses – und damit auch die Verteidigungsvorbereitungen – erheblich erschweren. Die NATO will sich daher auf solche Szenarien vorbereiten. Ein wichtiger Teil dieser Vorbereitung dürfte die engere Zusammenarbeit mit anderen Institutionen sein, doch muss die NATO auch ihren nachdienstlichen Austausch und nicht zuletzt ihre politisch-militärischen Entscheidungsprozesse im Lichte hybrider Bedrohungen überprüfen.

Krisenmanagement: Antwort auf die Globalisierung

Die Krise in der Ukraine erinnert eindringlich daran, dass die nach dem Kalten Krieg gewachsene europäische Sicherheitsordnung nach wie vor prekär

bleibt, und dass ihre Aufrechterhaltung mehr Aufmerksamkeit verlangt als bisher angenommen. Allerdings hat diese Krise nicht das Phänomen außer Kraft gesetzt, das für die Entwicklung der NATO der vergangenen 20 Jahre konstitutiv war, nämlich die Globalisierung der Sicherheitsherausforderungen. Das dramatischste Beispiel bietet der Aufstieg der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (ISIL), deren militärisches Vorrücken in Teilen des Irak und Syriens zeitgleich mit der Ukraine-Krise erfolgte. Nichts unterstrich deutlicher die Notwendigkeit für die NATO, sich auch künftig mit Entwicklungen jenseits des Bündnisgebietes zu befassen. Der Wales-Gipfel verstärkte diesen Eindruck, weil die Verbündeten das Treffen nutzten, um eine Anti-ISIL-Koalition zu schmieden. Als Teil dieser Koalition, die auch Länder aus dem Nahen Osten einschließt, führen einige Verbündete Luftschläge gegen ISIL durch, während sich andere durch Ausbildung und Waffenlieferungen an ISIL-Gegner an der Koalition beteiligen. Hinzu kommt die Fortsetzung der anderen Missionen der NATO, von der Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika („Ocean Shield“) bis zur Ausbildungsmission in Afghanistan („Resolute Support“), die allesamt die Bedeutung von Operationen jenseits der kollektiven Verteidigung unterstreichen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, weshalb die NATO trotz der oft beschworenen „Post-Afghanistan-fatigue“ ihre Fähigkeiten für ein breites Spektrum von Missionen außerhalb des Bündnisgebietes erhalten muss. Würde die NATO dieser Aufgabe entsagen, würden 20 Jahre gemeinsamer transatlantischer Bemühungen zunichte gemacht, das traditionell geographische Sicherheitsverständnis des Bündnisses

zu einem funktionalen Verständnis weiterzuentwickeln. Damit bestünde die reale Gefahr einer Abkoppelung Europas von der globalen amerikanischen Sicherheitsagenda – ein Rückschritt, der den strategischen Interessen beider Seiten zuwiderliefe. Hinzu käme, dass die europäischen Streitkräfte die Erfahrung verlören, die sie in unterschiedlichen NATO-Einsätzen während der vergangenen zwei Jahrzehnte gesammelt haben. Eine „Rückkehr“ zur kollektiven Verteidigung würde Europa zudem an eine Aufgabe binden, für die fast alle Ererungenschaften der jüngeren Vergangenheit – insbesondere die Partnerschaft mit dutzenden von Nicht-NATO-Staaten – weitgehend irrelevant wären. Mit Blick auf die Unvorhersehbarkeit künftiger Sicherheitsherausforderungen wird man diese strategische Investition jedoch nicht aufgeben wollen. Zudem dürfte auch die Tatsache, dass ein Großteil der für die kollektive Verteidigung abgestellten Streitkräfte nicht für andere Operationen zur Verfügung stünde, für manche Verbündete ein innenpolitisches Rechtfertigungsproblem aufwerfen. Hinzu kommt schließlich, dass die Ukraine-Krise den amerikanischen Schwenk („pivot“) nach Asien nicht umkehren wird. Obgleich die USA schon kurz nach Ausbruch der Ukraine-Krise Streitkräfte nach Mittel- und Osteuropa entsandten, bleibt eine signifikante Erhöhung der amerikanischen militärischen Präsenz auf dem europäischen Kontinent unwahrscheinlich.

Weitere Herausforderungen

Die NATO muss Mittel- und Osteuropa Allianzsolidarität vermitteln, Russland von weiterem militärischem Abenteuer abscrecken, ohne damit die Chancen auf eine Rückkehr zu einem

konstruktiveren Verhältnis zu untergraben, und zugleich ihre Fähigkeit zum Krisenmanagement aufrechterhalten – eine schwierige Gratwanderung, die den Verbündeten viel abverlangen wird. Dies sind jedoch nicht die einzigen Herausforderungen, denen sich die NATO als Folge der Ukraine-Krise gegenüber sieht. Die Krise wird die NATO auch dazu zwingen, andere Elemente ihrer Agenda umfassend zu überprüfen.

Eine offenkundige Herausforderung ist die NATO-Erweiterung. Bereits im Vorfeld des Wales-Gipfels hatten sich die Verbündeten darauf geeinigt, das potenziell kontroverse Thema nicht auf die Agenda zu setzen. Damit aber steigen die Erwartungen für den nächsten Gipfel, der 2016 in Warschau stattfinden wird. Da die Ukraine im Dezember 2014 ihren blockfreien Status widerrufen und sich zum Ziel einer NATO-Mitgliedschaft bekannt hat, erscheint eine Diskussion im Bündnis über die Aufnahme der Landes in den „Membership-Action-Plan“ (MAP), ein Programm zur Vorbereitung auf eine spätere Vollmitgliedschaft, unausweichlich. Auf dem Gipfel von Bukarest 2008 hatte die Frage, ob man der Ukraine und Georgien eine Aufnahme in den MAP anbieten solle, zu einer heftigen Kontroverse unter den Verbündeten geführt. Das Ergebnis war ein Kompromiss, der den beiden Staaten zwar den MAP vorenthielt, ihnen jedoch ein nicht näher definiertes Versprechen gab, sie in die NATO aufzunehmen. Beide Seiten der Debatte werden sich durch die Ukraine-Krise bestätigt fühlen. Diejenigen, die eine Aufnahme der Ukraine in den MAP fordern, werden argumentieren, dass die Ablehnung von Bukarest Russland signalisiert habe, es habe in der Ukraine freie Hand. Die Gegner eines MAP-An-

gebotes an die Ukraine werden dagegen argumentieren, dass die aktuelle Krise – wie auch der russisch-georgische Krieg von 2008 – einmal mehr die unkalkulierbaren Risiken aufzeigt, die mit einer Mitgliedschaftsdebatte über diese beiden Länder verbunden sind. Es wird daher großer Disziplin bedürfen, um eine Kontroverse wie in Bukarest zu vermeiden.

Eine weitere Herausforderung ist die Partnerschaftspolitik der NATO. Der Aufbau von politischen und militärischen Beziehungen zu vielen Nicht-NATO-Staaten war eine der erfolg-

Mitgliedererweiterung, Partnerschaftspolitik und die Verteidigungshaushalte sind zukünftig wichtige THEMEN.

reichsten Innovationen der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges. Einige dieser Partnerstaaten haben substanzielle militärische Beiträge zu NATO-geführten Operationen geleistet, andere haben diese Operationen politisch und finanziell unterstützt. Zugleich hat die Beteiligung von Partnern die Legitimität der NATO-Operationen erhöht. Mit dem Ende der Internationalen Schutztruppe (ISAF) in Afghanistan verliert die NATO-Partnerschaftspolitik jedoch ein wichtiges Projekt. Auch die neuerliche Betonung der kollektiven Verteidigung konfrontiert die Partnerschaften mit einem Problem: Der Katalysator für die Partnerschaftspolitik der NATO ist das Krisenmanagement; für die kollektive Verteidigung sind Nicht-NATO-Staaten weitgehend irrelevant. Die Verbündeten haben dieses Dilemma frühzeitig erkannt und den Wales-Gipfel genutzt, um ihr unvermindertes Interesse an ei-

ner Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten zu demonstrieren. Der Gipfel verabschiedete neue Initiativen zur Vertiefung der Interoperabilität der Streitkräfte von NATO- und Partnerstaaten. Zugleich wurde verschiedenen Partnern Hilfe beim Aufbau der eigenen Verteidigungsfähigkeiten („Defence Capacity Building“) angeboten. Zusammen mit einer flexibleren Partnerschaftspolitik, die die traditionell regional organisierten Partnerschaftsgruppierungen zugunsten funktionaler Zusammenarbeit aufbricht, sollen diese Initiativen das Interesse der Partnerstaaten an engen Beziehungen zur NATO sichern helfen.

Ein weiterer Problembereich sind die Verteidigungshaushalte. Auf dem Gipfel in Wales hatten die Verbündeten vereinbart, ihre Verteidigungsausgaben im Einklang mit der wirtschaftlichen Gesamtsituation schrittweise zu erhöhen. Ziel ist es, innerhalb eines Jahrzehnts 2 % des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen. 20 % des Verteidigungshaushalts sollen dabei für Investitionen ausgegeben werden. Dieses „Wales defence spending pledge“ erscheint auf den ersten Blick wenig spektakulär, da es einen großzügigen Zeitraum zur Erreichung seiner Ziele veranschlagt. Gleichwohl kommt dieser Selbstverpflichtung große politische Bedeutung zu. Zum einen unterstreicht sie die Entschlossenheit der Allianz, die teuren Maßnahmen des „Readiness-Action-

Plan“ auch umzusetzen. Zum anderen signalisiert sie, dass die Verbündeten auf die negativen Veränderungen im europäischen und internationalen Sicherheitsgefüge zu reagieren bereit sind. Angesichts ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage dürfte das Erreichen des 2 % Ziels für manche Verbündete schwierig werden. Allerdings haben einige dieses Ziel bereits erreicht, während andere auf gutem Wege sind, es zu erreichen. Keiner dieser Schritte wird die amerikanische Frustration über die aus Washingtons Sicht viel zu geringen Verteidigungsausgaben der europäischen Verbündeten beseitigen können. Sofern jedoch die Beschlüsse von Wales die Umkehr eines Abwärtstrends bei den Verteidigungsausgaben signalisieren, ist zumindest die Grundlage für eine faire transatlantische Lastenteilung gelegt worden.

Fazit

Die Ukraine-Krise hat die europäische Sicherheitsordnung nachhaltig beschädigt und besonders im östlichen Teil des Kontinents erneut Ängste vor einer russischen Bedrohung aufleben lassen. Damit rückt die klassische Schutzfunktion des atlantischen Bündnisses wieder in den Vordergrund. Dennoch erscheint es unangebracht, in diesem Zusammenhang von einer Renaissance der NATO zu sprechen. Vieles spricht nämlich dafür, dass die Krise den Verbündeten viele politische, militärische und finanzielle Belastungen aufbürden wird, die den Zusammenhalt der Allianz immer wieder auf die Probe stellen werden. Die Notwendigkeit, militärische Bündnisolidarität mit den mittel- und osteuropäischen Verbündeten zu demonstrieren und gleichzeitig die Fähigkeit zum Engagement in Krisen und Konflikten au-

Die Ukraine-Krise ist ein PRÜFSTEIN für den Zusammenhalt der Allianz.

ßerhalb Europas zu erhalten, wird die NATO einem schmerzhaften Spagat aussetzen. Eine kontroverse Erweiterungsdiskussion oder eine Debatte über transatlantisches „burden sharing“ sind weitere Faktoren, die das Bündnis in den kommenden Jahren belasten könnten.

Selbst wenn die konfrontative russische Außen- und Sicherheitspolitik anhält, werden die Verbündeten alles unternehmen, um einen „Kalten Krieg 2.0“ zu vermeiden. So lange sich Russland nicht als direkter Gegner der NATO entpuppt, wird das Bündnis folglich keine Schritte unternehmen, die man politisch oder militärisch als zu provokativ verstehen könnte. Eine Rückkehr zu der Lage vor 2014, als man die kollektive Verteidigung de facto nur noch als zweitrangige Aufgabe betrachtete, erscheint jedoch auf längere Sicht ausgeschlossen. ///



/// MICHAEL RÜHLE

ist Leiter des Referats Energiesicherheit, Emerging Security Challenges Division der NATO, Brüssel.

Anmerkungen

* Der Autor gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

¹ Bronwen, Maddox: Is Vladimir Putin Nato's salvation?, in: Prospect magazine, 24.2.2015, <http://www.prospectmagazine.co.uk/blogs/bronwen-maddox/is-vladimir-putin-natos-salvation>; The future of NATO. First principles. Russia's annexation of Crimea has brought NATO renewed purpose, in: The Economist, 29.3.2014, <http://www.economist.com/news/international/21599797-russias-annexation-crimea-has-brought-nato-renewed-purpose-first-principles>

² Reisinger, Heidi: Putins neue Militärdoktrin. Gefahren lauern überall, in: Süddeutsche Zeitung, 19.2.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/putins-neue-militaerdoktrin-gefahren-lauern-ueberall-1.2356395>

³ Cowell, Alan: British Planes Intercept Russian Bombers, in: New York Times, 19.2.2015, http://www.nytimes.com/2015/02/20/world/europe/britain-scrambles-jets-to-intercept-russian-bombers.html?_r=0

⁴ Rasmussen, Anders Fogh / Breedlove, Philip M.: A NATO for a Dangerous World, in: Wall Street Journal, 17.8.2014, <http://www.wsj.com/articles/anders-fogh-rasmussen-and-philip-m-breedlove-a-nato-for-a-dangerous-world-1408317653>

⁵ NATO's Readiness Action Plan, Fact Sheet, November 2014, http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2014_12/20141202_141202-factsheet-rap-en.pdf

⁶ Sierakowski, Slawomir: NATO's Second-Class Members, in: New York Times, 22.8.2014, http://www.nytimes.com/2014/08/23/opinion/slawomir-sierakowski-natos-second-class-members.html?_r=0